

Zitierhinweis

Hacke, Jens: Rezension über: Udi E. Greenberg, Weimarer Erfahrungen. Deutsche Emigranten in Amerika und die transatlantische Nachkriegsordnung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2021, 2, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/e335d0252f3d434980c951972f2793b7>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Udi Greenberg: *Weimarer Erfahrungen. Deutsche Emigranten in Amerika und die transatlantische Nachkriegsordnung.*

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021, 322 S., 9 Abb., ISBN: 978-3-525-37058-2

Ideengeschichte und *intellectual history* erschöpfen sich schon lange nicht mehr in der Rekonstruktion von Theorien und Konzepten, sondern nehmen darüber hinaus Transfer- und Rezeptionsprozesse in den Blick. Politische Ideen lassen sich allerdings weiterhin interpretieren, absolvieren Wandlungen, werden instrumentalisiert und absichtsvoll angeeignet. Die zurückgelegten Wegstrecken sind dabei markierungsbedürftig. In den letzten beiden Jahrzehnten gerieten vor allem Genese und Durchsetzung der liberalen Demokratie als keineswegs zwingende, sondern historisch kontingente Schöpfung in den Blick. Das mag mit erschütterten Glaubensgewissheiten aus der Zeit des Kalten Krieges zu tun haben, denn die Krisensymptome des Populismus, der autoritären Herausforderungen durch Russland und China und der allgemeine Aufwind des Antiliberalismus haben ein Bedürfnis nach geistiger Inventur geweckt. Naheliegender Weise kann man sich auf die Suche nach vergangenen Fehleinschätzungen, Versäumnissen und strategischen Irrtümern machen. Die Epoche der Blockkonfrontation erscheint dann als ein allzu selbstgefälliges demokratisches Zeitalter, das mit dem Rückenwind der konjunkturbefeuerten „trente glorieuses“, einem binär codierten Denken huldigte: Freier Westen und sowjetisches Reich des Bösen, Markt- versus Planwirtschaft, liberale Freiheit versus sozialistische Gleichheit – so lauteten die Formeln einer Weltsicht, die angesichts komplexer Industriegesellschaften und zivilisatorischer Strukturähnlichkeiten in Ost und West arg vereinfachend wirken mussten.



Udi Greenberg macht es sich in seiner bereits 2015 auf Englisch erschienen Studie zur Aufgabe, die Konstitution dieses spezifischen *Cold War Liberalism* zu erklären, indem er den Beitrag deutscher Emigranten zu einer robusten Theorie der Demokratie herausarbeitet. Etwas abgemildert als im englischen Original, das das amerikanische Jahrhundert gleich zum „Weimar Century“ stempelt, erkennt er in den Erfahrungen der ersten deutschen Demokratie das Reservoir für ein antitotalitäres Denken, das die Kreuzzugmentalität westlicher Wehrhaftigkeit gleichsam vorformatiert. Greenberg diagnostiziert „trotz aller feierlichen Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien [...] oftmals widersprüchliche, tragische und brutale Folgen“ ihres Denkens, denn „das Demokratieverständnis der Emigranten [führte] paradoxerweise häufig zu politischer Unterdrückung“ (S.15).

Das 1933 besiegelte Scheitern von Rechtsstaat, Parlamentarismus und liberaler Gesellschaft wird gleichsam zur abschreckenden Lektion für die Notwendigkeit demokratischer Selbstbehauptung. Dabei lassen sich die Erträge einer Totalitarismustheorie, deren Ursprungsversionen bereits in den 1920ern die stupenden Parallelen zwischen bolschewistischer und faschistischer Mobilisierung, Ideologisierung und Herrschaftspraxis erörterte, in die Integrationsideologie des Antikommunismus transformieren. Greenberg präsentiert fünf Studien zu politikwissenschaftlichen Gründervätern, die eben nicht nur akademisch, sondern auch institutionell, politikberatend

und mitunter propagandistisch für die Vereinigten Staaten im Einsatz waren: die Totalitarismustheoretiker Carl J. Friedrichs (1901-1984) und Waldemar Gurian (1902-1954), den Pluralismustheoretiker und Autoren des Doppelstaats Ernst Fraenkel (1898-1975), den Erfinder des Konzepts einer „wehrhaften Demokratie“ Karl Loewenstein (1891-1973) sowie den Begründer einer realistischen Schule der internationalen Beziehungen Hans J. Morgenthau (1904-1980).

In der Tat kann Greenberg in seinen konturierten Portraits die Kontinuität des Weimarer Ideenarsenals in vielerlei Hinsicht belegen, wenn er bisweilen auch allzu gerade Striche zieht. Friedrich wird bei ihm womöglich etwas einseitig auf die Idee einer protestantischen Demokratie festgelegt, während seine Totalitarismustheorie nur kurz abgehandelt und sein Werk über den *Common Man* (deutsch: „Demokratie als Herrschafts- und Lebensform“) kaum diskutiert werden. Auch das Stigma der Elitendemokratie wirkt als Vorwurf nicht immer überzeugend. Greenberg ignoriert, dass die Förderung und Stärkung von Eliten von Max Weber bis Ralf Dahrendorf ein gängiger Topos der Demokratietheorie ist und dass es vor allem um soziale Durchlässigkeit und gleiche Zugangschancen geht. Wenn Friedrich aus der Weimarer Erfahrung die Lehre zieht, dass philanthropisches Engagement, Mäzenatentum und die Herausbildung von liberaldemokratischen Eliten zur Stabilisierung des politischen Systems beitragen, liegt darin kaum etwas Verwerfliches. Sein Einsatz zur Stärkung verantwortungsbewusster Eliten mithilfe von Stiftungen und seine Bildungsarbeit lassen sich dann auch als Antwort auf Weimars antirepublikanische Eliten verstehen.

Karl Loewenstein muss am meisten Kritik einstecken: Was wiegt seine Verfassungslehre gegen sein nicht immer rühmliches Engagement im Kalten Krieg Lateinamerikas? Anders als Ernst Fraenkel, der den Verfassungsrealismus des Kollegen mit einem Vorwort zu dessen Hauptwerk nobilitierte, fertigt Greenberg den Juristen (der auch Thomas Mann in Münchener Zeiten als Anwalt vertreten hatte und mit ihm im Exil verbunden blieb) und Max-Weber-Adepten relativ schmerzlos als theoretisches Leichtgewicht ab. Es wird unterschlagen, dass Loewenstein selbst auf die Grenzen der „militant democracy“ hingewiesen hat und sogar in den 1950er Jahren rückblickend kritisch in Frage stellte, inwiefern die Einschränkung von Grundrechten über das Ziel hinausschoss. Die Rolle der politischen Kultur hatte er auch in seinen maßgeblichen Schriften von Anfang an betont. Bisweilen führen die archivalischen Rekonstruktionen von Memoranden und Korrespondenzen, die das Engagement in der amerikanischen Außenpolitik dokumentieren, zur leichten Überschätzung des tatsächlichen Einflusses.

Es ist zweifelsohne aufschlussreich, welche Netzwerke der vom Judentum zum Katholizismus konvertierte Waldemar Gurian im politischen Katholizismus knüpfte, und es bleibt eindrucksvoll, wie er eine beeindruckende Exilkarriere als Professor an der renommierten University of Notre Dame startete. Allerdings problematisiert Greenberg die Lernerfahrungen, die Anpassungsleistungen und die existentiellen Nöte des Emigrantenlebens kaum. Vielleicht war es bisweilen weniger die politische Mission als die sich bietenden Betätigungschancen, die handlungsleitend waren. Außer Friedrich, der schon vor 1933 in Amerika lebte und dort etabliert war, durchlebten alle Protagonisten eine beschwerliche Odyssee durch Europa und mussten sich nach der Ankunft in den USA ein neues Leben aufbauen. Dass Fraenkel und Loewenstein als Experten für Besatzungspolitik tätig waren, wird man nicht unbedingt als Erfüllung eines Lebenstraums verstehen müssen.

Noch einmal anders liegt der Fall bei Greenbergs eigentlichem Helden, Hans J. Morgenthau, der sicherlich intellektuell die größte Resonanz erzielte und als Theoretiker der internationalen Beziehungen mit seiner Arbeit den Kern amerikanischer Weltpolitik traf: die Grenzen des Idealismus, die konkreten Machtinteressen und Folgeabschätzungen, die Bestandsvoraussetzungen einer amerikanischen Weltordnung. Als Teil der hochqualifizierten intellektuellen Elite um Lippmann, Kennan oder Schlesinger ließ er sich am wenigsten vom Antikommunismus blenden und hielt an kalkulierbaren nationalen Interessen und ethisch verantwortlichen Machtkategorien fest. Das frühe Votum im Jahr 1965 für einen Rückzug aus Vietnam validierte seine Urteilskraft. (Allerdings sind auch die übrigen nie als Falken aufgefallen.)

Dass die amerikanische Demokratie von jeher eine offenere Beratungskultur und eine ausgeprägte Wissenschaftsnähe besaß – nicht zuletzt war die Politikwissenschaft ein amerikanischer Export –, relativiert die Hauptthese Greenbergs. Sicherlich hat der Exodus deutscher geisteswissenschaftlicher Intelligenz zur Professionalisierung amerikanischer Politik beigetragen, gerade auch im Blick auf Europa. Dies allerdings mit der Chiffre Weimars zu versehen, trägt kaum zur Präzisierung bei. Denn was war Weimar? Am ehesten eine Demokratie auf der Suche nach einer eigenen Identität. Der katholische Personalist Guderian lernte vermutlich erst nach dem Untergang Weimars, was Demokratie bedeutete; der Sozialdemokrat Fraenkel konnte sich mit Roosevelts New Deal anfreunden; die liberalen Loewenstein und Friedrich zählten schon in Weimar zu einer aufrechten Minderheit von Verfassungspatrioten, während Morgenthau kaum als Demokratietheoretiker hervorgetreten ist.

Es stimmt: Viele bedeutende Figuren, die von Weimar geprägt wurden, hinterließen Spuren im politischen Denken und in den Administrationen der Vereinigten Staaten. Greenbergs Quintett liefert hier interessante Ansatzpunkte. Aber waren die Erfahrungen Weimars nicht vielleicht in verdichteter Form generell typisch für die Krisenjahre der Moderne? Am Ende erhärtet sich der Eindruck, dass die mit Hang zur Redundanz vorgetragene, aber eher unpräzise These und die Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit den Ertrag der Arbeit schmälern. Da die Arbeit völlig ohne methodische Erwägungen auskommt, bleibt vieles impressionistisch. Der Leser hätte gern die Kriterien für die Auswahl der fünf erfahren (warum nicht Otto Kirchheimer oder John Herz?); Hinweise zum Generationenzusammenhang wären ebenso hilfreich gewesen wie die Reflexion über den Umstand, dass es sich mit Ausnahme von Friedrich um jüdische Deutsche handelte. Wichtige Forschungsliteratur fehlt oder wird ohne Auseinandersetzung lediglich angeführt. Die Hauptwerke der Protagonisten bleiben abgeschattet; der mit einiger Vehemenz wiederholt geäußerte Vorwurf des Antikommunismus erscheint bisweilen anachronistisch. Zumindest sollte man sich vor Augen führen, dass es in Zeiten Stalins dafür gute Gründe gab. Vielleicht haben aber auch die seit der Entstehung der Studien vergangenen Jahre gereicht, dass die Fragilität der Zwischenkriegszeit und die Weimarer Erfahrung gar nicht so fern und die Idee der wehrhaften Demokratie gar nicht so abstrus ist, wie der Autor zu suggerieren geneigt ist.

München

Jens Hacke



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net